GEWERKSCHAFTEN

# Kapitalismus pur

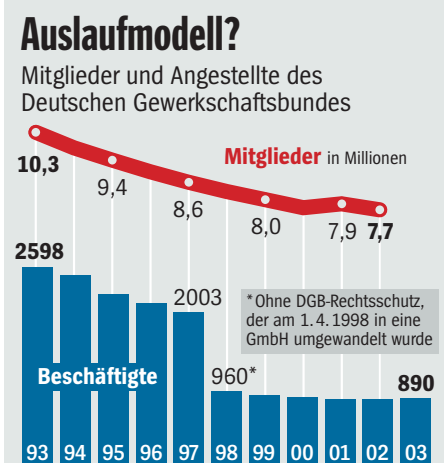
Ein Tochter-Unternehmen des DGB entlässt massenhaft Mitarbeiter – mit Methoden, die von den Funktionären anderswo lautstark angeprangert würden.

Dafür, dass Fredi Krzyzostaniak mehr als 21 Jahre beim Berufsfortbildungswerk (Bfw) als Ausbilder im Garten- und Landschaftsbau gearbeitet hat, verläuft sein finaler Prozess erstaunlich emotionslos. Im holzgetäfelten Saal des Arbeitsgerichts Gelsenkirchen streitet er eigentlich nur noch über die Höhe der Abfindung. Sein oberster Chef ist durchaus ein Kenner der Materie. Der Mann ist Gewerkschaftsfunktionär, das Bfw eine Tochter des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Fredi Krzyzostaniak wurde abserviert, obwohl ihm als langjährig Beschäftigtem so einfach gar nicht hätte gekündigt werden dürfen. Der 50-jährige Gärtnermeister hatte sich weder etwas zu Schulden kommen lassen, noch hatte er schludrig gearbeitet. Er wurde entlassen, weil das Bfw in einer tiefen wirtschaftlichen Misere steckt.

Allein in diesem Jahr brach der Umsatz im Kerngeschäft, der beruflichen Bildung, um rund 20 Prozent ein. Da viele Aufträge aus dem vergangenen Jahr in diesem Jahr auslaufen, rechnet das Bfw künftig mit einem Umsatzverlust von knapp 35 Prozent. Deshalb setzt die DGB-Tochter nun auf einen radikalen Sparkurs: Von den bundesweit rund 2200 Beschäftigten sollen bis Ende 2004 fast ein Drittel das Unternehmen verlassen haben. „Und es ist durchaus zu befürchten, dass morgen wieder jemand in Berlin oder Nürnberg am Schalter knipst“, sagt Helmuth Kramer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Bfw.

Die aktuelle Entlassungswelle ist bedauerlich, aber in Krisenzeiten überall in der Wirtschaft zu besichtigen. Neu sind die rüden Methoden, mit denen ausgerechnet eine Gewerkschaftstochter dabei vorgeht. Andere Unternehmen würden dafür sofort an den Pranger des ungezügelten Neoliberalismus und vor die Gerichte gezerrt.



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

**DGB-Vizechefin Engelen-Kefer:** *Üppige Zuwendungen*

Unter den mehr als 600 Betroffenen befinden sich nämlich nicht nur Betriebsräte oder gar Betriebsratsvorsitzende, sondern auch langjährig Beschäftigte und Mitarbeiter, die das 55. Lebensjahr bereits hinter sich gelassen haben. Eine Klientel also, die als fast unkündbar gilt und für die es schwer werden dürfte, je wieder einen Job zu finden. Für solche Leute kämpft der DGB normalerweise gern und laut. Aber eben nur, wenn es nicht die eigenen sind.

Soziale Verantwortung? Fehlanzeige. „Die Geschäftsführung hat bei der Kündigungswelle fast alle moralischen Bedenken über Bord geworfen“, sagt Kramer. Mit rund 250 Kündigungsschutzklagen müssen sich die Chefs der Gewerkschaftstochter inzwischen herumärgern.

Dabei hätte die Krise des Bildungswerks durchaus vermieden werden können, wenn man nicht so klar auf einen Auftraggeber gesetzt hätte: Jahrelang profitierte das Bfw von den üppigen Zuwendungen der Bundesanstalt für Arbeit aus Nürnberg. Fast 80 Prozent der Kunden, die sich im Bfw beruflich qualifizieren wollten und sich von der Fortbildung den Sprung zurück ins Erwerbsleben versprachen, kamen von dort.

Einige der Bildungsstätten hatten sogar Trägerverträge mit den Arbeitsämtern. Selbst Investitionen in Maschinen und Ausstattung wurden zum Teil von der Behörde bezahlt. Besonders pikant dabei ist, dass die DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer über viele Jahre hinweg sowohl im Vorstand der Bundesanstalt als auch Aufsichtsratsvorsitzende des Bfw war. Einen anrüchigen Zusammenhang will die DGB-Frau freilich nicht erkennen.

Fast sieben Milliarden Euro schüttete die Bundesanstalt allein 2002 für die berufliche Weiterbildung aus. Doch weil auch die Nürnberger Mammutbehörde unter Sparzwang steht, wurde der Posten für das laufende Jahr erheblich reduziert. Waren im Jahresdurchschnitt 2002 noch knapp 340 000 Menschen in beruflichen Qualifikationsmaßnahmen, sind es jetzt nur noch rund 210 000. Tendenz fallend. Sehr zum Leidwesen des Bfw.

Weil es sich fast ausschließlich von den Arbeitsämtern abhängig machte, gerät es nun in die Defensive. Doch statt sich nach neuen Einnahmequellen in der Privatwirtschaft umzusehen, „schielten die Verantwortlichen bis zum Schluss auf die Säckel der Bundesanstalt“, so Kramer.

Um der vollkommenen Abwicklung zu entgehen, überlegt das Unternehmen nun hastig, sich komplett neu zu erfinden. Von den bundesweit 270 Berufsbildungsstätten werden einige ganz aufgelöst. Die 14 Zweigniederlassungen sollen ebenfalls neu geordnet werden – dann allerdings zu einem Großteil ohne fest angestellte Lehrkräfte.

Stattdessen sollen die Ausbilder nach dem Vorbild der Deutschen Angestellten-Akademie zunehmend auf Honorarbasis und maßnahmegebunden rekrutiert werden. Am Ende könnten sich viele ehemalige Angestellte des Bfw bei ihrem alten Arbeitgeber wiederfinden – nur ohne Tarifverträge und soziale Absicherung.

Ein Kollege von Fredi Krzyzostaniak, ebenfalls entlassen und auf seinen Gerichtstermin wartend, kann sich über solche Methoden nur noch wundern: „Das ist Kapitalismus pur und Lohndumping in Vollendung.“

Die Parolen sitzen noch. Nur der Adressat hat sich geändert.

JANKO TIETZ